

Eine Großmacht geht nicht in Rente

Essay Präsident Obamas Außenpolitik schafft Krieg statt Frieden.

Von Robert Kagan



Kagan, 55, ist amerikanischer Autor und Politikberater. Der profilierte Neokonservative und Experte für internationale Politik hat in Büchern wie „Macht und Ohnmacht“ die Außenpolitik Amerikas unter der Regierung George W. Bush verteidigt. Er ist verheiratet mit Victoria Nuland, die für das US-Außenministerium arbeitet und dort zuständig ist für Europa und Eurasien.

Vor fast 70 Jahren ist aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs eine neue Weltordnung entstanden. Im Zentrum: die Vereinigten Staaten von Amerika. Nun zeigt diese Weltordnung Risse. Zwar sind beispielsweise die Krisen in Russland/Ukraine und in Syrien weder einzigartig noch unbeherrschbar, genauso wie die zaghaften Reaktionen der Staatengemeinschaft darauf, auch nicht der Aufruhr im Nahen Osten und in Nordafrika, nicht die derzeitige Übernahme syrischer und irakischer Territorien durch Dschihadisten, die wachsenden nationalistischen Spannungen zwischen den Großmächten in Ostasien oder der weltweite Vormarsch der Autokratie und der Rückzug der Demokratie. Sie zeigen aber in ihrer Summe, dass sich etwas verändert, und dies wohl rascher, als wir es uns vorstellen können. Eine neue Weltordnung scheint zu entstehen.

Falls die alte Weltordnung tatsächlich zusammenbrechen sollte, liegt das nicht am Machtverlust der USA – ihr Wohlstand und ihre Bedeutung sind immer noch groß genug, um die Herausforderungen der Gegenwart zu bewältigen. Es liegt auch nicht daran, dass die weltpolitischen Probleme komplexer und schwerer lösbar geworden wären. Und es liegt auch nicht einfach an einer Kriegsmüdigkeit. Seltsamerweise ist es ein Problem in unseren Köpfen, es ist eine Frage amerikanischer Identität und Entschlossenheit.

Viele Amerikaner und führende Politiker beider Parteien, aber auch Präsident Obama, haben vergessen oder sich davon distanziert, was die amerikanische Außenpolitik auszeichnete – dies war vor allem die Idee eines globalen Verantwortungsgefühls, das amerikanische Interessen mit den Interessen vieler anderer Länder weltweit gleichsetzte. Nun scheint man sich wieder enger gefassten nationalen Interessen zuzuwenden. Dies wird gelegentlich auch „Isolationismus“ genannt, aber das ist nicht das richtige Wort. Eigentlich ist es ein Streben nach Normalität. Hinter dem amerikanischen Unbehagen, die alte Rolle weiter auszufüllen, steht der Wunsch, die Last der Verantwortung, die frühere Generationen im Zweiten Weltkrieg und während des gesamten Kalten Krieges auf sich genommen hatten, abzuschütteln. Amerika möchte wieder eine „normale“ Nation werden, die stärker ihre eigenen Bedürfnisse und weniger die der Welt im Auge hat.

Um zu verstehen, wohin Amerika und die Welt womöglich steuern, sollten wir uns daran erinnern, welche Entscheidungen die Amerikaner damals getroffen haben und welche tief greifenden Veränderungen sie hervorgerufen haben. Was vor fast 70 Jah-

ren geschah, war eine Revolution der amerikanischen Außenpolitik. Davor, also vor dem Zweiten Weltkrieg, hatte Amerika ein dauerhaftes globales Engagement abgelehnt. Für die allermeisten Amerikaner schien dies die angemessene Antwort auf die Welt der Zwanzigerjahre zu sein. Bedrohungen waren nicht erkennbar: Die instabile Weimarer Republik, so die Einschätzung, würde eher zusammenbrechen als versuchen, noch einmal eine deutsche Vorherrschaft in Europa zu erringen. Russland sei durch Bürgerkrieg und Wirtschaftskrise ruiniert. Und obwohl Japan große Ambitionen gehegt habe, sei es im Innern eine fragile Demokratie.

Die Amerikaner hielten am Normalitätskurs auch dann noch fest, als die Weltordnung erodierte und schließlich einstürzte: angefangen beim japanischen Einmarsch in der Mandschurei im Jahr 1931 bis zum Anschluss Österreichs durch Hitler und der anschließenden Annexion der Tschechoslowakei in den Jahren 1938 und 1939 – diese Ereignisse erschreckten die Amerikaner, aber es gab keine Gründe einzugreifen.

Sogar noch nach dem deutschen Einmarsch in Polen 1939, dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, verkündeten amerikanische Strategen, die USA seien unverwundbar, geschützt durch zwei Ozeane und eine starke Kriegsmarine. Diese Einschätzung war so populär, dass sich sogar der internationalistisch denkende Präsident Franklin Roosevelt einen Maulkorb anlegte und gelobte, Amerika aus einem weiteren Krieg herauszuhalten: „Ich hasse Krieg!“, hatte er 1936 in einer berühmten Ansprache gesagt. Doch nach dem Münchner Abkommen zwei Jahre später begann er, mit wachsender Panik, zu spüren, dass die Westmächte, Großbritannien und Frankreich, den Willen verloren hatten, Hitler die Stirn zu bieten. Und so begann Roosevelt, die Amerikaner vor der heraufziehenden Gefahr zu warnen.

Der Entschluss, in den Krieg zu ziehen, folgte erst nach Pearl Harbor. Japans Überfall 1941 auf die amerikanische Pazifikflotte, Hitlers anschließende Kriegserklärung und der umfassende Eintritt der USA in die Konflikte in Europa und Asien waren ein Schock. Unsere Vorstellung, Amerika sei sicher inmitten einer unruhigen Welt, zerschellte an einem einzigen Tag. Die Ereignisse von 1941 erzwangen eine Neudefinition amerikanischer Interessen. Hinzu kam die Erkenntnis, dass sowohl der Wohlstand als auch die Sicherheit Amerikas von einer gesunden Weltwirtschaft abhängig waren.

Überzeugt davon, dass der Zweite Weltkrieg auf den politischen, ökonomischen und strategischen Zusammenbruch der Weltordnung insgesamt zurückzuführen war, machte sich die amerikanische Regierung nach dem Kriegseintritt daran, eine neue, auf Dauer angelegte Ordnung zu entwickeln. Diesmal sollte es eine Weltordnung sein, die auf der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht Amerikas basierte. Die Europäer hatten sich als unfähig erwiesen, den Frieden zu bewahren. Die USA nahmen sich vor, eine maßgebliche Rolle bei der Besetzung und Transformation der besiegten Mächte zu spielen und dafür zu sorgen, dass irgendeine Form der Demokratie die Diktaturen ablösen würde, die diese Nationen in den Krieg getrieben hatten. Amerika müsste auch eine deutliche militärische Überlegenheit einsetzen und, wenn nötig, Streitkräfte in ausreichendem Umfang einsetzen, um Stabilität und Sicherheit in Europa, Asien und im Nahen Osten aufrechtzuerhalten. Militärische Gewalt spielte im

Nach gängiger Meinung sind die Amerikaner heute kriegsmüde. Es ist vielleicht zutreffender, sie als „weltmüde“ zu bezeichnen.



Kadetten an der Militärakademie in Westpoint

Die Amerikaner haben wie Atlas die Welt auf ihren Schultern getragen – das war eine monumentale Aufgabe

Kalkül Roosevelts und seiner Berater eine zentrale Rolle. „Der Frieden muss gewaltsam aufrechterhalten werden“, versicherte Roosevelt. Es gab „keinen anderen Weg“.

|| Diese neue amerikanische Gesamtstrategie war die denkbar radikalste Abkehr von der amerikanischen „Normalität“. Sie war nicht selbstlos oder altruistisch. Amerikanische Regierungsvertreter glaubten, sie sei im besten Interesse der Vereinigten Staaten. Der amerikanische Außenminister Dean Acheson erklärte: Amerika müsse lernen, „in einem Verantwortungszusammenhang zu handeln, der größer ist als die eigenen Interessen“. Dies war die eigentliche Revolution in der amerikanischen Außenpolitik.

Ende der Vierzigerjahre und in den Fünfzigerjahren stellten die USA Milliarden Dollar für den Wiederaufbau Europas bereit und schlossen militärische Allianzen mit ehemaligen Gegnern wie Japan und Deutschland und anderen europäischen Mächten, denen sie ehemals misstraut hatten. Sie erweiterten sogar ihre nuklearen Garantien, um die Sowjetunion vom konventionellen Einmarsch in Westeuropa abzuhalten; auf diese Weise machten sich die USA freiwillig zum Ziel sowjetischer Nuklearwaffen. In den Fünfziger- und Sechzigerjahren gaben sie oftmals zehn Prozent oder mehr ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aus. Sie führten kostspielige Kriege in Korea und Vietnam.

In den 50 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg haben die USA eine liberale Weltordnung begründet und weiterentwickelt; sie haben eine „freie Welt“ geschaffen, in der eine beispiellose Ära von Frieden und Wohlstand gedeihen konnte.

Obleich sich die Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion manchmal gefährlich zuspitzten, zeichnete sich diese Phase vor allem durch Frieden zwischen den Großmächten aus. Die amerikanische Präsenz in Europa und Ostasien setzte den Kriegszyklen ein Ende, die die beiden Regionen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert schwer zerrüttet hatten. Die Zahl der Demokratien in der Welt wuchs dramatisch. Der größte Teil

der Welt genoss einen nie da gewesenen Wohlstand. Es gab zwar keinen Mangel an Katastrophen und Beinahe-Katastrophen sowie die beiden kostspieligen Kriege in Asien – aber die Strategie war weitgehend erfolgreich, so sehr, dass das sowjetische Imperium schließlich zusammenbrach beziehungsweise unter dem Druck der ökonomischen und politischen Erfolge des Westens freiwillig den Rückzug antrat. All dies war das Ergebnis vieler Faktoren, aber nichts davon wäre ohne den Willen der USA möglich gewesen, die anormale Rolle des Bewahrers und Beschützers einer freiheitlichen Weltordnung zu spielen.

Die breite Akzeptanz ihrer Macht, die große Zahl ihrer Verbündeten, die Tatsache, dass sich keine der mächtigen Nationen mit der Sowjetunion gegen die USA verbündete, erzeugte eine einzigartige Situation: Keine andere Nation in der Geschichte hatte jemals eine solche Rolle im globalen Maßstab gespielt, auch wäre wohl keine andere Nation dazu in der Lage gewesen. Aber was würde geschehen, wenn die Sowjetunion unterginge und die Bedrohung durch den Kommunismus verschwände?

|| Als der Kalte Krieg endete, glaubten viele, die USA könnten sich endlich von den immensen globalen Verantwortlichkeiten befreien, die sie seit mehr als 40 Jahren schulterten. Die Welt der frühen Neunzigerjahre schien hinreichend sicher zu sein. Die ehemalige Sowjetunion befand sich in einem Zustand des wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs; China war im Anschluss an das Massaker auf dem Platz des Himmlichen Friedens diplomatisch und wirtschaftlich isoliert. Welche Bedrohung verlangte dann von Amerika, weiterhin seine anormale Rolle in der Welt zu spielen? Könnten die USA nicht wieder zu einer normalen Nation mit einer normalen Definition ihrer nationalen Interessen werden?

Im September 1990 behauptete Jeane Kirkpatrick, die unter Präsident Ronald Reagan US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen gewesen war, in einem Aufsatz mit dem Titel „A Normal Country in a Normal Time“, es gebe kein „dringendes Bedürfnis

nach Heroismus und Opferbereitschaft“ mehr. Kirkpatrick sprach aus, was viele nach dem Fall der Berliner Mauer dachten. Der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama behauptete, mit dem Triumph der Demokratie seien keine anderen geopolitischen oder ideologischen Herausforderungen in Sicht. Die größte Gefahr für die Zukunft sei die leere Öde eines Daseins in einem geistlosen, seelentötenden westlichen Liberalismus, wie er in seinem berühmten Essay „Das Ende der Geschichte“ dargelegt hat.

Bemerkenswerterweise haben die USA in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Kalten Krieg die ursprüngliche Gesamtstrategie Roosevelts verfolgt. Im August 1990 fiel Saddam Husseins irakische Armee in Kuwait ein, das innerhalb weniger Tage annektiert wurde. So brutal dieses Vorgehen auch war, im Vergleich zu den seismischen Ereignissen des blutigen 20. Jahrhunderts war es nur ein Klacks. Obwohl es „kostspielig und riskant“ schien, die irakischen Streitkräfte aus Kuwait zu vertreiben, befürchtete die Regierung Bush, dass sie „einen schrecklichen Präzedenzfall in dieser aufkommenden Ära nach dem Kalten Krieg“ schaffen würde, wenn sie dies unterließe. Nachgiebigkeit gegenüber einer Aggression in einer Region würde Aggressionen in anderen Regionen provozieren. Präsident George Bush erinnerte all dies an die Dreißigerjahre. Dieses Mal, so erinnerte er sich in seinen Memoiren, „wollte ich kein Appeasement“.

So führten die USA in den zehn Jahren nach dem Fall der Berliner Mauer eine Reihe militärischer Operationen durch: Panama (1989), Irak (1991), Somalia (1992), Haiti (1994), Bosnien (1995), erneut im Irak (1998) und im Kosovo (1999). Keine davon war eine Reaktion auf vermeintliche Bedrohungen vitaler nationaler Interessen. Alle zielten darauf ab, die freiheitliche Weltordnung zu verteidigen und auszudehnen – durch den Sturz von Diktatoren und die Niederschlagung von Staatsstreichen.

Bill Clinton erweiterte die Nato um Staaten wie Polen und Tschechien und forcierte die militärische Zusammenarbeit mit den baltischen Ländern. Er versuchte mit Milliarden Dollar, das taumelnde demokratische Experiment von Boris Jelzin in Russland zu retten, und betrieb eine entschlossene Eindämmungspolitik gegenüber Nordkorea, dem Irak und Iran, die als „Schurkenstaaten“ bezeichnet wurden, weil sie die Prinzipien einer freiheitlichen Weltordnung missachteten. Konflikte in entlegenen und unruhigen Regionen galten nicht als belanglos für amerikanische Interessen.

Nach gängiger Meinung sind die Amerikaner heute kriegsmüde. Es ist vielleicht zutreffender, sie als „weltmüde“ zu bezeichnen. Heute sind mehr als 50 Prozent der Amerikaner der Meinung, die USA „sollten sich auf internationaler Ebene um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern und es anderen Ländern überlassen, aus eigener Kraft möglichst gut klarzukommen“ – so viele wie noch nie in amerikanischen Meinungsumfragen.

I Historiker sprechen häufig vom Reifeprozess amerikanischer Außenpolitik seit dem 19. Jahrhundert. Aber wenn Nationen lernen können, können sie auch vergessen. Wenn man die gegenwärtige amerikanische Außenpolitik und die Diskussionen darüber genauer betrachtet, beschleicht einen das Gefühl, dass die Prämissen von Roosevelts Gesamtstrategie in Vergessenheit geraten sind. Vielleicht war das unvermeidlich. Der Zweite Weltkrieg liegt heute für diejenigen, die zur Jahrtausendwende geboren wurden, so lange zurück wie der amerikanische Bürgerkrieg für die Generation der Dreißigerjahre. Eine Generation, die sich nicht an den Kalten Krieg erinnert und nur den Irak und Afghanistan miterlebt hat, wird Amerikas Rolle in der Welt anders sehen. Die Amerikaner sind heute keine Isolationisten, wie sie es in den Zwanzigern waren. Sie sind für eine freie Weltordnung, soweit sie deren unmittelbaren Nutzen für sich selbst erkennen. Aber sie sind nicht mehr bereit, große Opfer zu bringen, um diese Weltordnung aufrechtzuerhalten. Die Amerikaner haben wie Atlas die Welt auf ihren Schultern getragen.

Das war eine monumentale Aufgabe. Sie haben riesige Summen für ihre Verteidigung ausgegeben, mehr als alle anderen zusammen. Könnten also nicht die Verbündeten der USA einen größeren Beitrag leisten?

Die Frage wird seit dem Ende des Kalten Krieges gestellt, aber die Antwort lautete immer: wahrscheinlich nicht. Dieselben Gründe, die die USA befähigten, diese Weltordnung abzusichern, erklären auch, weshalb die Verbündeten der USA immer weniger dazu fähig und bereit waren: Sie haben nicht die Macht und die Sicherheit, über ihre eng definierten nationalen Interessen hinauszublicken und entsprechend zu agieren. Dort, wo sie bereits versagten, werden sie daher wieder versagen. Sogar die Europäer des 21. Jahrhunderts scheinen ungeachtet der wunderbaren Errungenschaften ihrer politischen Einigung unfähig zu sein, sich gegen ein „Raubtier“ in ihrer Mitte zu verbünden, und sie werfen, wie in der Vergangenheit, wenn nötig bereitwillig die Schwachen der Bestie zum Fraß vor, um ihre eigene (finanzielle) Haut zu retten. Es gibt eben auch moralische Kosten.

Wie die meisten Menschen glauben die Amerikaner nur zu gern, sie würden sich richtig verhalten und auf der richtigen Seite stehen. Sie wünschen sich wohl auch, dass ihre Handlungen rechtlich oder institutionell sanktioniert werden.

Aber diese Welt besitzt keine übergreifende rechtliche oder institutionelle Ordnungsinanz, geschweige denn eine demokratische Ordnungsinanz, der sich alle Nationen unterwerfen. Fragen von Recht und Unrecht werden nicht im Rahmen eines unparteiischen Verfahrens der Rechtsfindung entschieden, sondern gemäß der Machtverteilung innerhalb des Systems. Amerikaner mussten in der Regel ihre Macht nutzen, um ihre Vorstellungen von Gerechtigkeit durchzusetzen, wobei sie – abgesehen von ihrer eigenen Überzeugung, im Recht zu sein – keine weitere Bestätigung benötigten. Das ist eine schwer zu tragende moralische Bürde für eine demokratische Gesellschaft. In ihrem eigenen Staat sind es die Amerikaner gewohnt, diese Last gleichmäßig auf verschiedene Schultern innerhalb der Gesellschaft zu verteilen. Das Volk macht die Gesetze, die Polizei verschafft den Gesetzen Geltung, Richter und Geschworene sprechen Recht, und die Mitarbeiter der Justizvollzugsanstalten führen die verhängten Strafen aus. Auf internationaler Ebene dagegen mussten Amerikaner als Richter, Geschworene, Polizei und, im Fall militärischer Aktionen, als Henker in einem fungieren. Was gibt den Vereinigten Staaten das Recht, im Namen der freiheitlichen Weltordnung zu handeln? Um die Wahrheit zu sagen: nichts – außer der Überzeugung, dass die freiheitliche Weltordnung die gerechteste ist.

Dieses moralische Problem ließ sich während des Kalten Krieges leichter ignorieren, in einer Zeit, als jede Aktion, selbst in den hintersten Winkeln der Welt, mit vitalen nationalen Interessen gerechtfertigt wurde. Maßnahmen zur Verteidigung der Weltordnung dagegen werfen komplexe ethische Fragen auf. Amerikaner und Europäer behaupten, die Souveränität der Ukraine dürfe nicht angetastet werden und die Ukrainer müssten ihre Bestrebungen, Teil der Europäischen Union zu werden, frei verfolgen dürfen. Wladimir Putin rechtfertigt die Annektierung der Krim mit alten historischen Banden und als Reaktion auf die Einmischung der Amerikaner und Europäer in die historische Einflussphäre Russlands. Wer könnte unparteiisch darüber entscheiden, welche dieser konkurrierenden Rechtsauffassungen die richtige ist? Es hilft nichts, einen vermeintlich überlegenen ethischen Standpunkt des 21. Jahrhunderts gegen eine vermeintlich unterlegene ethische Konzeption des 19. Jahrhunderts auszuspielen.

In diesem Jahrhundert gibt es genauso wenig eine perfekte Ethik wie in den vorangegangenen Jahrhunderten. Und Großmächte geraten in diesem Jahrhundert genauso wenig wie in irgendeinem anderen Jahrhundert mit einer weißen Weste in Auseinandersetzungen. Alle sind egoistisch, alle sind moralisch kompromittiert. Tatsächlich ist es so, dass eine Nation, je mächtiger sie ist, desto eher in einer Weise handelt, die nicht mit der Ethik

des Christentums oder der Aufklärung in Einklang gebracht werden kann.

Wer wollte behaupten, dass die Verteidigung der freiheitlichen Weltordnung notwendigerweise gut ist? Man hat die weltbevölkerung nie über die freiheitliche Weltordnung abstimmen lassen. Sie ist nicht gottgegeben. Sie ist nicht der Endpunkt des menschlichen Fortschritts. Es ist eine vorübergehende, vergängliche Weltordnung, die den Bedürfnissen, Interessen und vor allem Idealen einer großen und mächtigen Gruppe von Menschen entspricht, aber nicht notwendigerweise den Bedürfnissen und Wünschen aller. Der Kommunismus mag gescheitert sein, aber Autoritarismus und Autokratie leben weiter. Und es ist die Autokratie, nicht die Demokratie, die in der Geschichte die Norm gewesen ist.

In den vergangenen Jahrzehnten hatten die Demokratien unter Führung der USA und Europas die Macht, die Welt nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Aber wer sagt, dass der Putinismus in Russland oder jene besondere Spielart des Autoritarismus, die in China praktiziert wird, sich nicht genauso lange halten werden wie die europäische Demokratie, die außerhalb Großbritanniens selbst nur etwas über hundert Jahre alt ist? Für eine machtmüde Nation ist das ein verstörender Gedanke. Der Politikwissenschaftler Hans Morgenthau bemerkte einmal, die Amerikaner würden sich „gern der Illusion hingeben, dass sich eine Nation ... der Machtpolitik entziehen könnte“, dass irgendwann „der Schlussvorhang fällt und das Spiel der Machtpolitik nicht länger gespielt wird“. Ein eskapistischer Gedanke, der in den Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges breiten Widerhall fand. Im Jahr 1989 offenbarte Fukuyama den Amerikanern, mit dem Ende der Geschichte habe „die freiheitliche Demokratie keinen ernst zu nehmenden ideologischen Rivalen mehr“. Der liberale Fortschritt sei unvermeidlich, und deshalb müsse man nichts tun, um ihn zu fördern oder zu schützen. Was Amerika in der neuen Ära benötigte, war weniger „hard power“ und mehr „soft power“.

Das war die herrschende Meinung, zumindest vom Ende des Kalten Krieges bis zum Jahr 2008 und zum Beginn der Finanzkrise. Da kam es zu einem Paradigmenwechsel. Nun war es nicht mehr das Ende der Geschichte, sondern das Ende Amerikas, das Ende des Westens. Der Triumphalismus wich einer Niedergangsdoktrin. Während es zuvor unnötig und sogar unrecht gewesen war, wenn die USA ihre Macht nutzten, um der Welt eine bestimmte Ordnung vorzugeben, war es jetzt plötzlich unmöglich, weil die Vereinigten Staaten nicht mehr über genügend Macht verfügten. Hochrangige US-Regierungsvertreter, insbesondere jüngere, sind der Meinung, dass den USA beim Syrien-Konflikt weitgehend die Hände gebunden seien. Dies ist die Lektion ihrer Generation, die Lektion von Irak und Afghanistan: dass Amerika weder die Macht noch das Verständnis noch die Fähigkeiten besitzt, Probleme in der Welt zu lösen.

Doch die Auffassung, wonach internationales Handeln vergebens sei, birgt im Kern einen Mythos. Durch die rosarote Brille blicken wir zurück auf den Kalten Krieg und stellen uns vor, dass die USA andere Nationen mühelos dazu brachten, das zu tun, was die USA wollten. Aber die amerikanische Außenpolitik während des Kalten Krieges war ungeachtet ihres Erfolgs geprägt von zahllosen Fehlern, Dummheiten, vielen Beinahe-Katastrophen und einigen richtigen Katastrophen. Von Anfang an erwiesen sich Verbündete als aufässig, missgünstig und widerspenstig. Glauben die Architekten der heutigen Außenpolitik tatsächlich, dass die Strategen früherer Regierungen es leichter hatten?

Die Außenpolitik jeder Nation scheitert zwangsläufig öfter, als dass

Könnte Amerika überleben, wenn Russland nicht nur die Ukraine, sondern ganz Osteuropa dominierte?



US-Einsätze auf der Pazifikinsel Iwo Jima 1945, in Bagdad 2003
Nationen zu beeinflussen ist die schwierigste Aufgabe

sie gelingt. Der Versuch, das Verhalten von Menschen im eigenen Land zu beeinflussen, ist schon schwierig genug. Andere Völker und andere Nationen zu beeinflussen, ohne sie einfach auszulöschen, ist die schwierigste aller menschlichen Aufgaben. Es gehört zur Gewissheit der Außenpolitik – wie auch zur Gewissheit unserer menschlichen Existenz –, dass alle Lösungen von Problemen nur neue Probleme produzieren. Und das gilt erst recht für alle Kriege. Kein Krieg hat ein perfektes Ende, selbst Kriege, die aus den besten Gründen geführt wurden. Das Kriterium des Erfolgs ist nicht, ob das Endergebnis hundertprozentig den Wünschen entspricht, sondern ob das unbefriedigende Ergebnis besser oder schlechter ist als das Ergebnis, das ohne Aktion erzielt worden wäre. Das Beharren auf Ergebnissen, die immer maximale Ziele zu minimalen Kosten verwirklichen, ist eine weitere Form des Eskapismus.

Allerdings hat es den Anschein, als seien die Amerikaner heutzutage von der Komplexität des Ganzen überfordert. Sie sehnen sich danach, zur „Unschuld der Verantwortungslosigkeit“ zurückzukehren, wie es der amerikanische Theologe Reinhold Niebuhr einmal formuliert hat, oder zumindest zu einer Normalität, in der die USA das Ausmaß ihres internationalen Engagements verringern können. Auf diese Weise ist Amerika vielleicht zur Stimmung der Zwanzigerjahre zurückgekehrt. Allerdings gibt es einen Unterschied: In den Zwanzigerjahren glaubten die Amerikaner, es sei die Aufgabe Großbritanniens und Europas, die von ihnen geschaffene Weltordnung zu bewahren. Werden die Amerikaner nun begreifen, dass diesmal nur sie in der Lage sind, diese Weltordnung aufrechtzuerhalten?

Als Präsident Obama sein Amt antrat, schrieb Peter Baker in der *New York Times*, Obama wolle „die Welt so nehmen, wie sie ist, nicht so, wie man sie sich vielleicht wünschen würde“. Es ist ein Refrain, der von Vertretern der Regierung Obama immer wieder ins Feld geführt wurde, um zu erklären, weshalb er sich



US-Soldaten auf dem Weg nach Europa 1917, beim Irak-Abzug 2011
Fehler, Dummheiten, Beinahe-Katastrophen

dagegen entschieden habe, in dieser oder jener Region ein wünschenswertes, aber unerreichbares „Ideal“ anzustreben. Anscheinend begreifen jedoch immer weniger Menschen, dass die vergangenen 70 Jahre den Amerikanern und vielen anderen eine Gnadenfrist verschafft haben – eben von einer Welt, die ist, „wie sie ist“.

Phasen von Frieden und Wohlstand können Menschen vergessen lassen, wie die Welt, „wie sie ist“, tatsächlich aussieht, und sie in dem Glauben wiegen, die Menschheit habe eine höhere Seinsstufe erklommen. Empirische Studien sollen zeigen, dass es zu einer „Transformation der internationalen Beziehungen“ gekommen ist. „Gewaltsame Grenzänderungen“ seien „seit 1946“ drastisch zurückgegangen.

Aber ist es ein Zufall, dass diese erfreulichen Trends einsetzen, als die amerikanische Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurde? Tatsächlich ist die Welt, „wie sie ist“, ein gefährlicher und oft brutaler Ort. Das menschliche Verhalten hat sich genauso wenig grundlegend geändert wie die internationalen Beziehungen. Gewalt ist auch im 21. Jahrhundert das letzte Mittel. Die Frage lautet nicht, ob Nationen bereit sind, Gewalt anzuwenden, sondern, ob sie glauben, sie kämen ungeschoren davon, wenn sie es tun. Als Wladimir Putin es nicht schaffte, seine Ziele in der Ukraine mit politischen und ökonomischen Mitteln zu erreichen, griff er zu Mitteln der Gewalt, weil er glaubte, dass er das könne. Er wird weiterhin Gewalt einsetzen, solange er glaubt, dass der Nutzen die Kosten der Gewaltanwendung übersteigt. Er ist in dieser Hinsicht auch nicht sonderlich einzigartig. Was würde China alles tun, wenn nicht ein Kreis mächtiger Nationen, gestützt von den USA, es zügeln würde? Und in diesem Zusammenhang: Was würde Japan anstellen, wenn es viel mächtiger wäre und viel weniger abhängig von den USA? Wir müssen noch nicht die Antworten finden auf diese Fragen, weil Amerikas Dominanz Pandoras Büchse geschlossen hält.

Das internationale System ist ein sehr enges Netz von Machtbeziehungen, in dem jede Nation, die größte genauso wie die kleinste, ständig mit sehr feinem Gespür Verschiebungen und Störungen registriert. Seit 1945, und erst recht seit 1989, ist dieses Netz gesponnen worden, um auf Amerika einzugehen. Die Verbündeten beobachten Amerikas Verhalten und versuchen, seine Verlässlichkeit einzuschätzen. Nationen, die sich von Amerika eingeeignet oder bedroht fühlen, suchen nach Anzeichen wachsender oder schwindender Macht und Entschlossenheit. Und wenn sich Amerika zurückziehen scheint, beunruhigt dies selbstverständlich dessen Verbündete, während andere ihre Chance wittern.

In den vergangenen Jahren hat die Welt Signale empfangen, dass die Amerikaner wohl nicht mehr länger die Bürde der globalen Verantwortung tragen wollen. Präsident Obama hat kürzlich über ein Eingreifen in Syrien gesagt: „Es ist nicht so, dass es das nicht wert wäre. Aber nach einem Jahrzehnt des Krieges ist Amerika an seine Grenzen gestoßen.“

Mittlerweile sind die Anzeichen des Zusammenbruchs der Weltordnung überall zu sehen. Als Russland in der Ukraine einmarschierte und die Krim annektierte, hatte zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg eine europäische Nation territoriale Eroberungen gemacht. Wenn Iran eine Atombombe baut, werden ihm andere Nationen zwangsläufig nacheifern. Iran, Saudi-Arabien und Russland führen einen Stellvertreterkrieg in Syrien, der bislang 150 000 Menschenleben gefordert und Millionen zur Flucht gezwungen hat. Und die jüngsten Ereignisse in Syrien und im Irak erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines neuen Dschihadisten-Staates mitten im Nahen Osten, eines Staates, der keine Grenzen kennt. Setzt sich diese Entwicklung fort, werden wir in naher Zukunft mehr Kriege um Territorien, mehr ethnische und religiöse Gewalt und eine schrumpfende Welt der Demokratien sehen.

Wie wird Amerika reagieren? Könnten die USA überleben, wenn Syrien unter Assads Kontrolle bliebe oder, was wahrscheinlicher ist, sich auflöste und in dem entstehenden Chaos die Dschihadisten weite Gebiete kontrollierten? Könnte Amerika überleben, wenn Iran die Atombombe hätte und wenn sich im Gegenzug auch Saudi-Arabien, die Türkei und Ägypten Atombomben zulegten? Könnte es überleben in einer Welt, in der Russland Osteuropa dominierte, nicht nur die Ukraine, sondern auch das Baltikum und vielleicht sogar Polen?

Natürlich könnte es das. Wirklich notwendig wäre ein Eingreifen nicht. Amerika könnte Handel treiben mit einem dominanten China und auch einen Modus Vivendi finden mit einem wiedererstarkten russischen Imperium. Wie auch in der Vergangenheit werden die Amerikaner die Letzten sein, die durch einen Zusammenbruch der Weltordnung leiden werden. Und wenn sie tatsächlich die Auswirkungen spüren, wird es ziemlich spät sein.

Der amerikanische Politologe Robert Osgood, wohl der klügste realpolitische Denker des vergangenen Jahrhunderts, hat im Rückblick auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg etwas Entscheidendes erkannt: Rein rationale Definitionen des „nationalen Interesses“ seien nicht ausreichend. Paradoxerweise seien es die „Idealisten“ gewesen, die „besonders sensibel auf die faschistische Bedrohung für die westliche Kultur und Zivilisation“ reagiert hätten. Idealismus sei „ein unverzichtbarer geistiger Ansporn, der Menschen dazu bringt, die tatsächlichen Imperative der Machtpolitik zu erkennen“. Genau das war auch Roosevelts Botschaft, als er die Amerikaner aufforderte, „nicht nur ihre Häuser, sondern auch die Grundlagen ihres Glaubens und ihrer Menschlichkeit“ zu verteidigen.

Vielleicht könnte man die Amerikaner zu Ähnlichem inspirieren, ohne dass ein neuer Hitler droht. Aber diesmal werden sie nicht 20 Jahre lang Zeit haben, um sich zu entscheiden. Die Welt ändert sich viel schneller, als sie es sich vorstellen. Und es wird keine andere demokratische Supermacht geben, die hinter den Kulissen bereitsteht, um die Welt zu retten, wenn die einzige derzeitige demokratische Supermacht zaudert.

Übersetzung: Thorsten Schmidt